

## **Vereinbarung**

### **zwischen der Stadt/Gemeinde \* und dem Landkreis Tübingen über die pauschalierte Erstattung von Personalkosten für Inklusionsleistungen an den Schulen und Kindertageseinrichtungen im Landkreis Tübingen**

Zwischen der

Universitätsstadt Tübingen

Am Markt 1

72070 Tübingen

- vertreten durch

Herrn Oberbürgermeister Boris Palmer

- kurz: Träger

und dem

Landkreis Tübingen

als öffentlicher Träger der Jugendhilfe und Sozialhilfe

- vertreten durch Herrn Horst Lipinski

Geschäftsbereichsleiter für Jugend und Soziales

- kurz: Landkreis -

wird auf den Grundlagen des Achten Buches und des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII/SGB XII) sowie des Kreistagesbeschlusses vom 14.3.2018 (KT-Vorlage 010/18) nachstehende Vereinbarung getroffen.

## **§ 1**

### **Aufgabeninhalt und Aufgabenwahrnehmung**

Mit dem o.g. Beschluss beauftragte der Kreistag die Verwaltung mit den Städten und Gemeinden des Landkreises als Träger der nachfolgend beschriebenen Inklusionsleistungen in den Schulen und Kindertageseinrichtungen eine Vereinbarung zur pauschalierten Erstattung der dabei anfallenden Personalkosten zu schließen.

Mit Inklusionsleistungen sind hier Unterstützungsleistungen von Jugendhilfe (SGB VIII) und Eingliederungshilfe (SGB XII) der Landkreisverwaltung gemeint, die vor Ort den Verbleib von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf in den Kindertageseinrichtungen (Kindertagesstätten, Schulen) ermöglichen sollen. Auf diese – nachfolgend aufgeführten - Leistungen besteht einzelfallbezogen ein Rechtsanspruch gegenüber dem Landkreis:

- Ergänzende Hilfen für verhaltensauffällige Kinder nach § 27 i.V.m. § 22 SGB VIII in Kindertageseinrichtungen,
- Schulbegleitung nach § 35a SGB VIII bei drohender seelischer Behinderung und Teilhabebeeinschränkung,
- Assistenzleistungen bei körperlich und geistig behinderten Kindern nach dem SGB XII in Tageseinrichtungen und Schulen.

Allen Unterstützungsformen gemeinsam ist, dass sie vom Landratsamt gesteuert und finanziert werden, die Durchführung aber - inkl. der dazu notwendigen Bereitstellung von Personal - den Trägern der Einrichtungen (hier den Städten und Gemeinden) obliegt.

## **§ 2**

### **Ziele der Vereinbarung**

Die Umsetzung der Vereinbarung soll folgende Wirkungen erreichen:

1. Harmonisierung und Transparenz der Kostenerstattung in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII und dem SGB VIII gegenüber den Einrichtungsträgern und den Beschäftigten
2. Organisatorische Erleichterung bei Übergängen zwischen verschiedenen Hilfeformen der ambulanten Eingliederungshilfe (z.B. zwischen ergänzender Hilfe in Tageseinrichtungen und Schulbegleitung)
3. Pauschale Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes der Träger in Höhe von ca. 10 % der im Einzelfall verausgabten Personalkosten
4. Verwaltungsvereinfachung für alle Beteiligten

**Vor dem Hintergrund eines ständig steigenden Unterstützungsbedarfes in den Einrichtungen werden so zudem folgende Zielstellungen verfolgt:**

1. Erleichterung der immer schwieriger werdenden Personalgewinnung über eine für alle Beteiligten transparente und tariflich regelmäßig anzupassende Höhe der Kostenerstattung.
2. Verbesserung der Planungssicherheit bei den Trägern und damit einhergehend bessere Möglichkeiten zur Personalgewinnung über attraktivere (längerfristige) Vertragsgestaltungen.

## **§ 3**

### **Verfahren**

Inklusionsleistungen in Tageseinrichtungen und Schulen werden im Rahmen der Jugendhilfe und der Sozialhilfe gewährt. Die unterschiedlichen rechtlichen Leistungsvoraussetzungen erfordern ein ausdifferenziertes Verfahren. Siehe hierzu das Informationsblatt **Anlage 1** für den Bereich Jugendhilfe (SGB VIII) und die Informationsblätter **Anlage 2** und **Anlage 3** für den Bereich der Sozialhilfe (SGB XII).

## **§ 4**

### **Modalitäten der pauschalen Erstattung**

Auf der Grundlage der Tabellenanhänge (vgl. **Anlage 4**) erhalten die Träger für die Anstellung der Inklusionskräfte monatliche Pauschalbeträge vom Landkreis.

Die Bemessung des zeitlichen Inklusionsbedarfs im Einzelfall wird vom Landkreis festgestellt und festgelegt. Vor- und Nachbereitungszeiten und andere Bedarfe (z.B. Schullandheimaufenthalt), die im Laufe des Kindergartenjahres bzw. Schuljahres anfallen, werden hochgerechnet und anteilig bei der Bedarfsbemessung berücksichtigt.

Die weiterhin von den Trägern der Einrichtungen anzustellenden Inklusionsmitarbeiter werden zur Errechnung der jeweiligen monatlichen Erstattungspauschalen in zwei Kategorien eingeteilt:

- Fachkräfte (Definition Fachkräfte nach § 7 KiTaG wird zu Grunde gelegt) werden nach TVöD SuE 8a Stufe 3 vergütet. Hierzu zählen zusätzlich auch Kräfte während oder mit einem fortgeschrittenen pädagogiknahen Studium.
- Angelernte Kräfte werden nach TVöD SuE 3 Stufe 3 vergütet.



Ausgehend vom Arbeitgeberjahresaufwand nach TVöD-Tabellenentgelt (inclusive Jahressonderzahlung und Leistungsentgelt) wird ein Zwölftel des im Einzelfall beauftragen Stundenumfangs für jeden Kalendermonat ausgezahlt. Bei schulischer Inklusion werden die über den Urlaubsanspruch hinausgehenden Ferientage finanziell herausgerechnet.

Auf die nach TVöD errechnete Personalkostenpauschale erfolgt noch ein allgemeiner Gemeinkostenaufschlag in Höhe von 135 € pro Fall und Monat, der sich aus dem Mittelwert der Leistungsentgelte von vier typischen Fallkonstellationen herleitet, und rund 10 % der durchschnittlichen monatlichen Arbeitgeberkosten entspricht. Dieser Gemeinkostenanteil beinhaltet insbesondere den zusätzlichen Aufwand für die immer aufwändigere Gewinnung des Personals, sowie die Organisation und die Koordinierung der Einsätze vor Ort. Die Pauschale wird nach der tariflichen Entwicklung des TVöD fortgeschrieben.

Eventuell erforderliche Ausfallvertretungen der Inklusionskräfte werden nicht gesondert vergütet und sind mit der Monatspauschale abgegolten.

Die pauschalierten Erstattungen erfolgen ohne Rechnungsstellung monatlich im Voraus auf ein vom Träger zu benennendes Bankkonto. Die Zahlungen erfolgen für volle Monate. Beginnt oder endet eine Inklusionsmaßnahme nicht zum Monatsbeginn bzw. Monatsende werden diese Monate ungekürzt voll vergütet.

## **§ 5**

### **Fachliche Unterstützungsleistung des Landkreises**

Der Landkreis wird die fachlichen Unterstützungsleistungen für Träger und Beschäftigte (Fachberatung, gem. Hilfeplanung, Supervision, gem. Fortbildungsgruppen, ...) über alle Hilfeformen der Eingliederungshilfe nach einvernehmlicher Abstimmung zwischen Landkreis und Trägervertretungen bedarfsgerecht ausbauen. Die Träger können diese in Anspruch nehmen. Der Landkreis trägt hierfür die Kosten.

## **§ 6**

### **Pflichten des Anstellungsträgers**

Der Träger teilt dem Landratsamt den konkreten Zeitpunkt des Beginns sowie die Beendigung der Inklusionsleistung mit. Dabei ist auch der Name der Inklusionskraft, ihre Qualifikation als Fachkraft bzw. ihr Status als angelernte Kraft sowie die gezahlte Entgeltgruppe und Erfahrungsstufe mitzuteilen. Vom Landkreis wird hierzu ein entsprechendes Formular zur Verfügung gestellt.

Der Träger teilt dem Landratsamt auch mit wenn die Inklusionsleistung zusammenhängend mehr als ein Monat unterbrochen ist. Es wird dann vom Landratsamt entschieden, ob eine Zahlungsaussetzung erfolgt.

Der Träger verpflichtet sich die Arbeitszeit der Inklusionskräfte zu dokumentieren und entsprechend für die Dauer der beim Träger allgemein geltenden Mindesaufbewahrungsfristen für Arbeitszeitznachweise für Prüfw Zwecke des Landkreises bei sich vorzuhalten. Bei begründetem Anlass sind im Einzelfall die Arbeitszeitdokumentationen dem Landkreis zur Verfügung zu stellen. Das Landratsamt behält sich eine Rückforderung der Kosten vor, wenn sich im Einzelfall ergibt, dass erfolgte Kostenerstattungen nicht berechtigt waren.

## **§ 7**

### **Fortschreibung Personalkostenerstattung**

Die pauschalierte Erstattungshöhe wird jährlich zum 01.09., entsprechend dem zu diesem Zeitpunkt geltenden Tarif des TVöD, in den betreffenden Vergütungsgruppen angepasst. Dies gilt auch für den unter § 4 beschriebenen Gemeinkostenzuschlag. Dazu stellt das Landratsamt dem Träger regelmäßig eine Tabellenübersicht zur Verfügung.

## **§ 8**

### **Handlungspflichten zum Schutz des Kindeswohls**

Stellt die vom Träger eingesetzte Kraft im Rahmen ihrer Tätigkeit eine drohende Gefährdung des Kindeswohls fest, stimmt sie das notwendige Vorgehen unverzüglich mit ihrer Dienstaufsicht ab.

Liegt nach Einschätzung des Trägers eine akute Kindeswohlgefährdung vor, teilt er diese Einschätzung unter Angabe der die Gefährdungslage begründenden Tatsachen unverzüglich und nachfolgend schriftlich der Abteilung Jugend des Landratsamtes mit. Auf die weitergehenden Regelungen in den bestehenden Vereinbarungen nach § 8a SGB VIII wird hingewiesen. Sie bleiben hier unberührt.

## **§ 9**

### **Datenschutz**

Für die vom Träger angestellten Kräfte gelten die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Sozialgesetzbuches und andere einschlägige Rechtsvorschriften. Sie sind nach dem Gesetz über die Verpflichtung nichtbeamteter Personen förmlich zu verpflichten (Verpflichtungsgesetz vom 02.03.74 BGBl.I, S.469/547).

## **§ 10**

### **Evaluation**

Bis Beginn der Sommerferien 2021 werden die Regelungen der Vereinbarung im Hinblick auf die in § 2 genannten Ziele evaluiert und das Ergebnis in den zuständigen Ausschüssen des Kreistages beraten.

## **§ 11**

### **Dauer der Vereinbarung; Kündigung**

Die Vereinbarung tritt mit Wirkung vom 01.09.2018 in Kraft und gilt vorerst bis zum 31.08.2021. Danach sind beide Vertragspartner berechtigt die Vereinbarung unter Beachtung einer Frist von 12 Monaten zum 31.07. des jeweiligen darauffolgenden Jahres zu kündigen. Die Kündigung des gesamten Vertrags oder einzelner Bestimmungen muss schriftlich erfolgen. § 59 SGB X bleibt unberührt.

## **§ 12**

### **Frühere Vereinbarungen**

Alle bisherigen Einzel- oder Pauschalvereinbarungen mit dem Landkreis die den Regelungsbereich dieser Vereinbarung betreffen, verlieren ihre Gültigkeit mit Wirkung zum 31.08.2018.

**§ 13**  
**Schlussbestimmung**

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine Bestimmung zu ersetzen, die dem jeweiligen Zweck am nächsten kommt.

Für die Stadt/Gemeinde:

17. Juli 2018  
Datum

  
  
Palmer  
Oberbürgermeister

Für den Landkreis:

22.06.2018  
Datum

  
  
Horst Lipinski



## **Informationsblatt für Anstellungsträger einer Inklusionskraft in Kindertageseinrichtungen bzw. in Schulen als Jugendhilfemaßnahme nach SGB VIII**

(Stand April 2018)

Im Rahmen der Jugendhilfe übernehmen die Träger der Kindertageseinrichtungen die Anstellung der Inklusionskräfte. Im Bereich der Schulen übernehmen die Schulträger die Anstellung von Assistenzkräften zur Schulbegleitung, soweit diese nicht über den Einsatz einer FSJ-Kraft erfolgen kann. Die hierfür entstehenden Personalkosten werden entsprechend der dazu getroffenen Vereinbarung den Trägern pauschaliert erstattet.

### 1. Art und Umfang der Leistungen

Auf Grundlage von §§ 27, 22 und § 35a SGB VIII wird von der Abteilung Jugend des Landratsamtes über die Notwendigkeit einer Inklusionshilfe in Kindertageseinrichtung oder Schule entschieden. Die Hilfebewilligung erfolgt gegenüber den Personensorgeberechtigten. Die Hilfe wird auf Basis der obligatorischen Hilfeplanung maximal für die Dauer eines Jahres in der Regel vom 01.09. bis zum 31.08. des Folgejahres befristet bewilligt. Bei Bedarf sind rechtzeitig, mindestens 3 Monate vor Ablauf der Befristung vorher entsprechende Verlängerungsanträge erforderlich. Erst nach Prüfung und Weiterbewilligung besteht ein Anspruch auf weitere Kostenübernahme.

### 2. Kostenzusage

Die Sachbearbeitung der Abteilung Jugend im Sachgebiet wirtschaftliche Jugendhilfe bewilligt die Inklusionsmaßnahme gegenüber den Eltern. Der Anstellungsträger erhält vom Jugendamt eine Kostenzusage mit Angabe des bewilligten Leistungsumfangs.

### 3. Anstellung der Integrationskräfte

Im Bereich der Inklusion in Kindertageseinrichtungen ist grundsätzlich eine Fachkraftbesetzung erforderlich. Falls dies nicht möglich ist, kann im Einzelfall, und nur nach vorheriger Zustimmung des Landratsamts, ausnahmsweise auch eine angelernte Kraft eingesetzt werden.

Im Bereich Schulbegleitung ist i.d.R. keine Fachkraft erforderlich, so dass hier die niedrigere Pauschale erstattet wird. Falls eine solche Kraft nicht zur Verfügung steht kann auch eine Fachkraft eingesetzt werden.

### 4. Pauschalierte Erstattungszahlungen

Die pauschalierte Erstattung an den Anstellungsträger erfolgt frühestens ab Monatsbeginn in dem die Person arbeitsvertraglich die Leistung erbringt. Der monatliche Erstattungsumfang ergibt sich aus der jährlich aktualisierten Tabelle sowie der mit dem Träger diesbezüglich geschlossenen Vereinbarung über die pauschalierte Erstattung.

Der Träger teilt dem Landkreis Beginn und Ende sowie zusammenhängende Unterbrechungen von mehr als einem Monat mit. Außerdem wird der Name der eingesetzten Kraft sowie die tatsächliche arbeitsvertragliche Einstufung mit Erfahrungsstufe mitgeteilt.

Hierzu stellt der Landkreis dem Träger ein entsprechendes Formular zur Verfügung.

## **Informationsblatt für Anstellungsträger einer Inklusionskraft in Kindertageseinrichtungen bei einer Eingliederungshilfemaßnahme nach SGB XII**

(Stand Mai 2018)

Im Landkreis Tübingen übernehmen die Träger der Kindertageseinrichtung die Anstellung der Inklusionsmitarbeiter/innen. Die Kosten, die hierfür entstehen, werden entsprechend der abgeschlossenen Vereinbarungen in einem pauschalierten Verfahren erstattet.

### 1. Art und Umfang der Leistungen

Auf der Grundlage der Richtlinien des Landkreises Tübingen über die Gewährung von Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII in Kindertageseinrichtungen wird über die Notwendigkeit einer pädagogischen und/ oder begleitenden Hilfe entschieden.

Die Pauschalbeträge ergeben sich pro Kalendermonat entsprechend der u. g. Wochenstunden (Die Vorgaben des § 4 der Vereinbarung über die pauschalierte Erstattung von Personalkosten sind hierin enthalten).

	pädagogische Hilfe	begleitende Hilfe	maximal
bei Anwesenheit bis zu 6 Std. tägl.	5	3	8
bei Anwesenheit von über 6 Std. tägl.	6	4	10

### 2. Kostenzusage

Die Fallmanager/innen der Abteilung Soziales im Sachgebiet Eingliederungshilfe erteilen die Kostenübernahme gegenüber den Erziehungsberechtigten – in der Regel für den gesamten voraussichtlichen Besuch der Kindertageseinrichtung. Eine Durchschrift dieser Zusage geht an den Einrichtungsträger. Hierin werden die monatlichen Pauschalbeträge genannt und gleichzeitig die „Vereinbarung zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe“ übersandt.

### 3. Anstellung der Integrationskräfte

Nach Erhalt der Durchschrift der Kostenzusage kann die Personalgewinnung eingeleitet werden. Vom Grundsatz her werden Fachkräfte angestellt. Falls dies nicht möglich ist, kann im Einzelfall und nur nach vorheriger Zustimmung des Landratsamtes ausnahmsweise auch eine angelernte Kraft eingesetzt werden.

### 5. Pauschalisierte Erstattungszahlungen

Die Höhe der Erstattungszahlung ergibt sich aus der jährlich aktualisierten Tabelle für Fachkräfte. Die Zahlungen erfolgen ab Monatsbeginn, in dem die Person arbeitsvertraglich die Leistung erbringt.



**Informationsblatt für Anstellungsträger  
einer Inklusionskraft in der allgemeinen Schule  
bei Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung nach SGB XII  
(Stand Mai 2018)**

Im Landkreis Tübingen übernehmen die Schulträger die Anstellungen für Inklusionskräfte in der Schule. Die Kosten, die hierfür entstehen, werden entsprechend der abgeschlossenen Vereinbarungen in einem pauschalierten Verfahren erstattet, soweit die Schulbegleitung nicht über den Einsatz einer FSJ-Kraft erfolgen kann.

**1. Stundenumfang für die Schulbegleitung**

Auf der Grundlage der Sonderpädagogischen Stellungnahme findet eine Bildungswegekonferenz, bzw. ein sog. Runder Tisch mit den Beteiligten statt und erfolgt eine Verständigung über den notwendigen Assistenzbedarf.

**2. Kostenzusage**

Die Fallmanager/innen der Abteilung Soziales im Sachgebiet Eingliederungshilfe erteilen im Anschluss zeitnah die Kostenübernahme gegenüber den Erziehungsberechtigten. Eine Durchschrift dieser Zusage geht an den Schulträger. Hierin wird der benötigte Stundenumfang (Zeitstunden pro Schulwoche, inkl. geplanter Schullandheimaufenthalte) unter Berücksichtigung eines Anteiles für Kooperation (zuzüglich 1,25% der Zeitstunden) zwischen der Assistenzkraft und anderen Beteiligten festgelegt. (Regelungen zu einer etwaigen „Hortbetreuung“ – siehe Rückseite)

**3. Anstellung der Schulbegleitung**

Nach Erhalt der Durchschrift der Kostenzusage kann die Personalgewinnung eingeleitet werden. Vom Grundsatz her werden angelernte Kräfte angestellt. Sollte trotz intensiver Bemühungen eine entsprechende Besetzung nicht möglich sein, können bei entsprechender Qualifikation und Rückmeldung an die Fallmanager/innen auch Kosten für eine Fachkraft erstattet werden. Wird die Assistenz durch eine Person im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres (FSJ) geleistet, teilt der Schulträger dies ebenso mit.

**5. Pauschalisierte Erstattungszahlungen**

Die Höhe der Erstattungszahlung ergibt sich aus der jährlich aktualisierten Tabelle für angelernte Kräfte. Die Erstattungszahlung für Kräfte im Rahmen des FSJ erfolgt in tatsächlicher Höhe zuzüglich eines Aufschlages von 10 % für Verwaltungskosten. Die Zahlungen erfolgen nach der Rückmeldung des Schulträgers ab Monatsbeginn, in dem die Person arbeitsvertraglich die Leistung erbringt - im Regelfall für die Zeit vom 01.09. bis 31.08. des Folgejahres. Der Schulträger teilt den Namen der Inklusionskraft und die tatsächliche arbeitsvertragliche Einstufung mit Erfahrungsstufe auf dem vom Landkreis vorbereiteten Formular mit, sowie zusammenhängende Unterbrechungen von mehr als einem Monat.



## **Betreuung von Schulkindern außerhalb der Unterrichtszeit**

(Stand Mai 2018)

Diese Betreuung stellt keine Hilfe zur angemessenen Schulbildung i. S. des § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII i. V. m. § 12 VO zu § 60 SGB XII dar, insofern ergibt sich kein Rechtsanspruch.

Kosten übernimmt der Kreis Tübingen analog der „Richtlinien des Landkreises Tübingen über die Gewährung von Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch 12. Buch (SGB XII) in Kindertageseinrichtungen“, wenn

- ✓ bei der Beaufsichtigung ein behinderungsbedingter Mehraufwand entsteht und
- ✓ ohne eine zusätzliche Unterstützung die Betreuung nicht ausreichend gewährleistet werden kann

und zwar im Umfang des jeweils geltenden Pauschalbetrages für begleitende Hilfe in Kindertageseinrichtungen bei einer Anwesenheit von bis zu 6 Stunden täglich. Der Betrag ist der Excel-Liste „Kindertageseinrichtungen für Fachkräfte“ der Zeile für 3 Wochenstunden zu entnehmen. Der Betrag wird trotz der Schulferien für 12 Monate gezahlt. Die Zahlungen erfolgen nach der Rückmeldung des Schulträgers ab Monatsbeginn, in dem die Person arbeitsvertraglich die Leistung erbringt - im Regelfall für die Zeit vom 01.09. bis 31.08. des Folgejahres.

**Vorläufig und unter Vorbehalt mit Tarifierhöhung 2018 um 3,11 %****Personalkosten-Pauschalvergütung an Träger der Schulen und Kindertageseinrichtungen für Inklusionsleistungen im Landkreis Tübingen**

Tabellenübersicht 1

**Schulbegleitungen**

vertragliche Wochen-AZ in Std. abzgl. 33 Ferientage	Für Fachkräfte ab Erzieherin oder höher qualifiziert Berechnungsgrundlage Jahresaufwand SuE 8a Stufe 3	
	Betreuungsumfang Std. pro Schulwoche	Pauschale LKR pro Kalendermonat incl. Gemeinkostenpauschale in EUR
0,85	1	234
4,25	5	612
5,10	6	706
5,95	7	801
6,80	8	895
7,65	9	990
8,51	10	1.084
9,36	11	1.179
10,21	12	1.273
11,06	13	1.368
11,91	14	1.462
12,76	15	1.557
13,61	16	1.651
14,46	17	1.746
15,31	18	1.840
16,16	19	1.935
17,01	20	2.029
21,26	25	2.502
25,52	30	2.974
29,77	35	3.447
33,17	39	3.825

vertragliche Wochen-AZ in Std. abzgl. 33 Ferientage	Für angelernte Kräfte Berechnungsgrundlage Jahresaufwand SuE 3 Stufe 3	
	Betreuungsumfang Std. pro Schulwoche	Pauschale LKR pro Kalendermonat i.d.R. 12 Monate pro Schuljahr in EUR
0,85	1	221
4,25	5	550
5,10	6	632
5,95	7	714
6,80	8	796
7,65	9	878
8,51	10	960
9,36	11	1.043
10,21	12	1.125
11,06	13	1.207
11,91	14	1.289
12,76	15	1.371
13,61	16	1.453
14,46	17	1.535
15,31	18	1.617
16,16	19	1.699
17,01	20	1.782
21,26	25	2.192
25,52	30	2.603
29,77	35	3.013
33,17	39	3.342

Berechnungsgrundlagen:	AG-Bruttojahresaufwand incl. WG + Leist.zulage Stand 09.2018	AG-Monatsaufwand bei 39 Wo./Std.	AG-Monatsaufwand nach Abzug Schulferien (14,95 %)	LKR-Erstattung incl. mtl. Fallpauschale
TVöD SuE 8a Stufe 3	52.003,75 €	4.333,65 €	3.685,77 €	3.824,96 €
TVöD SuE 3 Stufe 3	45.187,41 €	3.765,62 €	3.202,66 €	3.341,86 €

monatl. Fallpauschale  
Tariferrh. 2018 3,11 % 135 €  
139,20 €

Tabellenübersicht 2

**Kindertageseinrichtungen**

Es sind regelmäßig Fachkräfte einzusetzen. Bei ausnahmsweisem Einsatz von angelernten Kräften gilt nebenstehende Tabelle  
Im Rahmen der Integration nach § 54 SGB XII (Sozialhilfe) gelten untenstehende Besonderheiten

vertragliche Wochen-AZ in Std. ohne Abzug	Für Fachkräfte ab Erzieherin oder höher qualifiziert Berechnungsgrundlage Jahresaufwand SuE 8a Stufe 3	
	Betreuungsumfang Std. pro Woche	Pauschale LKR pro Kalendermonat incl. Gemeinkostenpauschale in EUR
1	1	250
2	2	361
3	3	473
4	4	584
5	5	695
6	6	806
7	7	917
8	8	1.028
9	9	1.139
10	10	1.250
11	11	1.362
12	12	1.473
13	13	1.584
14	14	1.695
15	15	1.806
16	16	1.917
17	17	2.028
18	18	2.139
19	19	2.250
20	20	2.362
25	25	2.362
30	30	3.473
35	35	4.028
39	39	4.473

vertragliche Wochen-AZ in Std. ohne Abzug	Für angelernte Kräfte Berechnungsgrundlage Jahresaufwand SuE 3 Stufe 3	
	Betreuungsumfang Std. pro Woche	Pauschale LKR pro Kalendermonat i.d.R. 12 Monate pro Schuljahr in EUR
1	1	236
2	2	332
3	3	429
4	4	525
5	5	622
6	6	719
7	7	815
8	8	912
9	9	1.008
10	10	1.105
11	11	1.201
12	12	1.298
13	13	1.394
14	14	1.491
15	15	1.588
16	16	1.684
17	17	1.781
18	18	1.877
19	19	1.974
20	20	2.070
25	25	2.553
30	30	3.036
35	35	3.519
39	39	3.905

Berechnungsgrundlagen:	AG-Jahresaufwand 2018 incl. WG + Leist.zulage Stand 09.2018	AG-Monatsaufwand bei 39 Wo./Std.	LKR-Erstattung incl. mtl. Fallpauschale
TVöD SuE 8a Stufe 3	52.003,75 €	4.333,65 €	4.472,84 €
TVöD SuE 3 Stufe 3	45.187,41 €	3.765,62 €	3.904,82 €

monatl. Fallpauschale  
Tariferrh. 2018 3,11 % 135 €  
139,20 €

Besonderheiten für Integrationsfälle der Sozialhilfe in Tageseinrichtungen	nur begl. Hilfe monatlich	nur päd. Hilfe monatlich	beide Hilfen, 1xPausch. monatlich
Im Rahmen der Integration nach § 54 SGB VIII ist der Stundenbedarf wie untenstehend festgelegt			
Bei Anwesenheit bis zu 6 Stunden täglich in der Einrichtung entspr. Stufen 3, 5 oder 8	473 €	695 €	1.028 €
Bei Anwesenheit von über 6 Stunden täglich in der Einrichtung entspr. Stufen 4, 6 oder 10	584 €	806 €	1.250 €